



OLDENFELDE!

OLDENFELDE.SPD-HAMBURG.DE

Sozialdemokratische Information

Liebe Oldenfelderinnen und Oldenfelder!

viele von Ihnen haben mich in den letzten Wochen auf die Heizungsfrage angesprochen. Sie waren verunsichert und in Sorge, das alles nicht bezahlen zu können. Viele fragten nach Fernwärme. Nun ist klar: Das umstrittene Gebäudeenergiegesetz wird eng mit dem Herzstück der sozialdemokratischen Wärmewende, der kommunalen Wärmeplanung, verzahnt. Millionen Mieterinnen und Mieter sollen vor übermäßigen Belastungen geschützt werden. Und: Wir stellen niemanden vor unlösbare Aufgaben! Die Anschaffung neuer Heizungen wird finanziell gefördert. Niemand soll sein Haus verkaufen müssen, weil man sich die Heizung nicht mehr leisten kann. Nur mit der SPD gibt es auch eine soziale Klimaschutzpolitik: Wir sorgen dafür, dass alle mitgenommen und Kosten gerecht verteilt werden.

Ihr Ole Thorben Buschhüter
Vorsitzender der SPD Oldenfelde
Kontakt: buero@buschhueter.de



Foto: Hamburgische Bürgerschaft/Michael Zapf

Klimafreundliche Heizung: Niemand wird allein gelassen

Beim Ringen um den richtigen Weg bei der Wärmewende waren der SPD die sozialen Aspekte besonders wichtig: Klimaschutz muss für alle bezahlbar sein. Dafür wird das Gebäudeenergiegesetz jetzt vom Kopf auf die Füße gestellt: Im Mittelpunkt wird eine verpflichtende Kommunale Wärmeplanung stehen, die bis spätestens 2028 an jedem Ort abgeschlossen sein wird. Hamburg hat hier vorgearbeitet und wird sie bereits im Laufe des nächsten Jahres vorlegen.

Mit der Kommunalen Wärmeplanung soll viel mehr Haushalten die Option eröffnet werden, mit einer Fernwärmeanbindung möglichst einfach und kostengünstig eine klimafreundliche Umstellung zu erreichen. Erst wenn die Wärmeplanung vorliegt, ist auch im Bestand der Einsatz von 65 Prozent mit erneuerbaren Energien vorgesehen.

Lediglich im Neubau soll bereits ab 2024 eine neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Damit alle das auch stemmen können, fördert der Staat den Einbau neuer Heizungen massiv.

Gas und Öl werden immer teurer. Deshalb ist es so wichtig, davon unabhängig zu werden. Wir wollen keine Winter mehr, in denen sich Menschen darüber sorgen müssen zu frieren.

Heizungen austauschen ist teuer. Wir sorgen mit üppigen Zuschüssen dafür, dass alle sich den Austausch leisten können. Egal, ob Familien mit geringen und mittleren Einkommen oder Rentnerinnen und Rentner - niemand wird bei der Wärmewende allein gelassen: Wer sein Haus selbst nutzt und auf eine klimafreundliche Heizung umsteigt, erhält 30 Prozent Förderung. Wer auf staatliche Sozialleistungen angewiesen ist, bekommt weitere 20 Prozent. Außerdem wird es zinsgünstige Kredite geben. Mieterinnen und Mieter werden vor hohen Kostensteigerungen geschützt.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehen nur zusammen. Wir werden massiv Geld in die Hand nehmen, um den Umstieg beim Heizen zu fördern. Das ist die klare Handschrift der SPD.

Mehr Infos: www.spd.de/waermewende

Bericht aus Berlin

Bürgerräte - Mehr Mitbestimmung?

Kann sein, sie bekommen demnächst Post aus dem Deutschen Bundestag.

Mitte Mai hat das Parlament einen Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ gegründet. Es ist ein neues Instrument der direkten Demokratie und neu ist auch die Zusammensetzung. Die Mitglieder des 160köpfigen Bürger-Rats werden ausgelost, mit dem Ziel, dass so unterschiedliche Menschen zusammenkommen, wie sie auch in Deutschland leben: je zur Hälfte Männer und Frauen und je zur Hälfte über 45 und unter 45 Jahre. Sie müssen mindestens 16 Jahre alt sein und ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben. Warum dieses Thema? Fragen der Ernährung werden seit Jahren kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert, es betrifft jeden Menschen und die Frage ist, wie der Staat regeld eingreifen soll. Der Bürger-Rat macht Vorschläge und die Politik muss sich damit beschäftigen. Zu September wird eingeladen, vielleicht sind Sie dabei.



Aydan Özoğuz

Direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Wahlkreis Wandsbek, seit 2021 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags.

Kontakt: aydan.oezoguz.wk@bundestag.de

Sicher sein und sich sicher fühlen !

von Ekkehard Wysocki, MdHB

Die Kriminalitätsentwicklung ist in Hamburg insgesamt rückläufig, dennoch fühlen sich viele Menschen nicht sicher. Deshalb spielen Maßnahmen der Innenbehörde und der Polizei so eine wichtige Rolle. So z.B. die Sonderkommission Castle, die 2015 gegründet wurde, weil es in dem Jahr über 9.000 Wohnungseinbrüche gab - mit Erfolg: Innerhalb von drei Jahren hatte sich die Zahl der Einbrüche fast halbiert, aktuell ist sie mit 2.506 die niedrigste Zahl der Wohnungseinbrüche seit 45 Jahren. Ergänzt wird die Arbeit durch Observierung bekannter Treffpunkte von Einbrecherbanden und Verfolgung reisender Banden bis in ihre Heimatländer. Sie fühlen sich trotzdem nicht sicher? Die Polizei bietet kostenlose Beratungen zum Thema Einbruchschutz an.

Bei den Körperverletzungen registriert die Polizei einen leichten Anstieg gegenüber 2019, der hauptsächlich auf einen vermehrten Konsum harter Drogen (Heroin/Crack/Kokain) zurückzuführen ist. Dabei spielt die Drogenszene rund um den Hauptbahnhof und auch im ÖPNV eine große Rolle.

Die SPD-Fraktion und der Senat arbeiten an einem Konzept: Neben baulichen Veränderung rund um das Drob-Inn gibt es eine Kooperationsvereinbarung zwischen Polizei und den Sicherheitsdiensten zu gemeinsamen Streifen, Videoüberwachung und Schwerpunkteinsätzen. Allein in einer Woche wurden über 200 Personen überprüft, 17 Strafanzeigen gestellt und 76 mal das Hausrecht durchgesetzt. Ziel ist nicht Vertreibung der Süchtigen, sondern Hilfestellung einerseits wie auch Vorgehen und Bekämpfen von Straftaten und Belästigungen gegenüber Reisenden und Besuchern.

Die Iran-Patenschaften: Frei, aber nicht sicher

Wie steht es um die Patenschaften, die die Rahlstedter SPD-Bürgerschaftsabgeordneten für drei Iraner übernommen haben, die wegen der „Frau, Freiheit, Leben“-Proteste gegen das Mullah-Proteste festgenommen wurden?

Alle befinden sich derzeit auf freiem Fuß, aber angesichts der willkürlichen iranischen „Rechtsprechung“ nicht wirklich in Sicherheit.

Weitere Nachfragen von Astrid Hennies, Ekkehard Wysocki und Ole Thorben Buschhüter bei der iranischen Botschaft blieben bisher unbeantwortet, aber diese Nachfragen sind sicher ein gewisser Schutz für diese Patenschaften.



Foto: privat Christine Worch

Was sagen Sie dazu?

von Marlies Riebe

Zur Vorbereitung der Bezirkswahl 2024 führt die SPD-Fraktion an fünf Orten in Wandsbek eine Veranstaltung „Den ganzen Bezirk im Blick“ durch, so auch am 9. Mai in Rahlstedt. 45 Bürger*innen kamen, kritisierten Entwicklungen und äußerten Wünsche für die Zukunft.

Insbesondere junge Leute bemängelten, dass es viel zu wenig Angebote für Freizeitaktivitäten gibt, andere, dass es kein Kino, keine Konzerte und kein Theater im Stadtteil gibt. Es fehle auch an Treffpunkten für Jung und Alt. Ein weiterer Schwerpunkt war der Leerstand im Einzelhandel, und die Frage an die Politik war, was man dagegen tun kann. Unsere Bezirksabgeordneten Marlies Riebe und Frank Rieken nahmen die Anregungen und Fragen mit und nun werden sie ausgewertet. Die Bezirksfraktion freut sich auch über Ihre Ideen für das Wahlprogramm:

buero@spdfraktion-wandsbek.de

Ehrenamtliches Engagement für den Zusammenhalt der Generationen

Interview mit Christine Worch von Dora Heyenn

Frau Worch, Sie haben mit unglaublichem Engagement 2016 die Initiative KULTURISTENHOCH2 (KH2) gegründet. Worum geht es?

KH2 ermöglicht, wirtschaftlich benachteiligten Menschen ab 63 Jahren vielfältige kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe – kostenlos und begleitet von Jugendlichen aus ihrem Quartier.

Was war Ihr Anliegen?

In Hamburg leben weit über 30.000 von sog. Altersarmut betroffene Menschen. Ihnen will KH2 über die verbindende Kraft von Kunst und Kultur zwangslos Anschluss an das gesellschaftliche Miteinander ermöglichen. Dabei unterstützen ehrenamtlich engagierte SchülerInnen aus dem Lebensumfeld/ Stadtteil der SeniorInnen. Gemeinsam werden sie gegen die wachsende Einsamkeit und Isolation älterer und zunehmend auch junger Menschen aktiv: mit Kunst und Kultur als Brücke zwischen den Generationen. Der Kooperationspartner KulturLeben Hamburg e.V. stellt Kulturkarten kostenlos zur Verfügung.

Wie war die Resonanz der Schulen?

Das Gymnasium Rahlstedt war unsere erste Kooperations-Schule – ein Jahr, bevor es wirklich losging. Der damalige Schulleiter Volker Wolter, und nach ihm alle weiteren LeiterInnen der heute zehn Partner-Schulen, war von der Idee, bei KH2 SchülerInnen gegen den zunehmenden sozio-kulturellen Teilhabeverlust und die Ausgrenzung einzubinden, sofort überzeugt.

Ihr generationen-verbindendes Projekt ist bereits mehrfach preisgekrönt worden. Wie geht es weiter?

Wir freuen uns über insgesamt elf Auszeichnungen und hoffen nun, nach meinem Ausscheiden, zum September 2023 einen neuen Träger zu finden, der KH2 engagiert weiterführen wird.



Foto: privat



Preis - Rätsel

DIE SPD FEIERTE AM 23.05.2023
EINEN RUNDEN GEBURTSTAG:
160 JAHRE !

VON WEM WURDE SIE ALS
ALLGEMEINEN DEUTSCHEN
ARBEITERVEREIN
1863 GEGRÜNDET?

- OTTO VON BISMARCK
- ROSA LUXEMBURG
- FERDINAND LASALLE

1. PREIS: FAHRT ZUM DEUTSCHEN
BUNDESTAG MIT AYDAN ÖZOGUZ
2. PREIS „HOFFUNGSLAND“ –
SIGNIERTES BUCH VON
BUNDESKANZLER OLAF SCHOLZ
3. BESUCH EINER
BÜRGERSCHAFTSSITZUNG UND AUF
EINEN KAFFEE MIT
OLE THORBEN BUSCHHÜTER

ANTWORTEN AN:
INFOBRIEF@SPD-
OLDENFELDE.DE
DER RECHTSWEG IST
AUSGESCHLOSSEN.
EINSENDESCHLUSS 31.07.2023

Impressum

Herausgeber: SPD-Distrikt Oldenfelde,
p. Adr. Ole Thorben Buschhüter (V.i.S.d.P.),
Boytinstraße 21, 22143 Hamburg
Druck: Minx Print Solutions GmbH,
Merkurring 116, 22143 Hamburg
Redaktion: Dora Heyenn
Layout: Erik Krüger
Auflage: 4.500
Kontakt: oldenfelde@spd-hamburg.de

Grunderbe von 20.000 Euro: Soziale Marktwirtschaft reloaded?

von Uli Bunsmann

Das Thema weckt viele Emotionen: Erben ist mit dem Verlust von Angehörigen verbunden, nicht selten kommt es zu Erbstreitigkeiten, andererseits kann Vererben Ausdruck einer Lebensleistung sein und dem Erben neue Möglichkeiten eröffnen. Da ist es auf den ersten Blick auch nicht verwunderlich, dass die Erbschaftssteuer quer durch die Bevölkerung besonders umstritten und unbeliebt ist.

Der zweite Blick allerdings zeigt: rund die Hälfte der Bevölkerung erbt gar nichts. Und von den schätzungsweise 400 Milliarden Euro, die jährlich auf die eine oder andere Weise vererbt werden, erhalten die reichsten 10 % die Hälfte

Hier lohnt dann noch ein dritter Blick: denn zu allem Überfluss gibt es auch noch eine krasse Ungleichbehandlung der „normalen“ und der reichen Erben. Von 2009 bis 2020 konnten von den „Normalen“ mit weniger als 1/2 halbe Million Erbe jenseits der Freibeträge lediglich 7 % steuerbefreiende Gründe geltend machen, bei Erbschaften von mehr als 20 Millionen waren es 89 %. Zusammengefasst: die meisten Deutschen erben über die Freibetragsgrenze hinaus nichts, die darüber liegenden „kleinen Erben“ werden zur Kasse gebeten, die wirklich Reichen aber können weitgehend steuerfrei vererben.

Die 2016 aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erfolgte Gesetzesänderung hat an dieser Situation nichts wirklich verändert, allein in Hamburg wurden 2021 1,2 Milliarden steuerfrei vererbt.

Wie kann man diese Gerechtigkeitslücke schließen und gleichzeitig einen Impuls gegen die gesellschaftliche Spaltung setzen?

Eine Idee dafür ist das Konzept eines Grunderbes von 20.000 Euro, quasi ein Startkapital vom Staat für alle 18jährigen – verbunden mit konkreten Verwendungsaufgaben.

Diese Idee hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung untersucht, das Ergebnis überrascht positiv: Bei Kosten von 15 Milliarden pro Jahr, finanziert durch eine bessere Besteuerung großer Erbschaften, würde sich die Vermögensungleichheit in Deutschland um 5 bis 7 % verringern.

Soziale Marktwirtschaft reloaded statt neoliberalem Finanzkapitalismus?

Bitte vormerken:

91. Oldenfelder Frührschoppen

am Sonntag, 10. September 2023, 11 Uhr

Schule Bekassinenu, Pausenhalle

mit Stadtentwicklungssenatorin **Karen Pein**